

Verstärkt Microsoft Lobbying-Aktivitäten im Bundestag?

Deutscher Bundestag als "Microsoft-freie" Zone?

Ob im Bundestag bald freie Software eingesetzt wird, ist derzeit noch fraglich: Die Verwaltung scheut noch davor zurück, sich klar zu Open Source zu bekennen, da eine solche Entscheidung Modellcharakter hätte. Vor allem Microsoft selbst betreibt "massives Lobbying". Der Konzern versuche, Ängste zu schüren, etwa mit dem Argument, Open-Source-Software funktioniere in großen Verwaltungen nicht.

"Mein Wunsch wäre es, den Bundestag zur Microsoft-freien Zone zu erklären", sagte der Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss. Er halte es nicht für verantwortbar, im Parlament Software einzusetzen, deren Quellcode nicht offen gelegt sei. Wie die Fachzeitschrift Computerwoche berichtet, müssen spätestens bis Ende 2002 die 5.000 PC-Systeme der Bundestagsverwaltung ausgetauscht werden - der Weg für Linux-PCs statt der bisherigen Windows-Ausstattung wäre frei.

"Wenn es zum Schwur kommt, überwiegt die Angst vor der eigenen Courage", kritisierte ein von der Computerwoche namentlich nicht genannter Insider das Verhalten einiger Behörden.

Was Lobbying konkret bedeutet, erfuhr der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil, der sich öffentlich für Open Source ausgesprochen hatte. Während eines Besuchs der Microsoft-Zentrale im US-amerikanischen Redmond wurden ihm zwei "Begleiter" des Konzerns zur Seite gestellt, die ihn "massiv bearbeitet haben", berichtet Fraktionskollege Tauss. Es könne nicht Sache des Staates sein, sich in wirtschaftliche Angelegenheiten einzumischen, erklärten ihm die Microsoft-Ökonomen. Tauss: "Der kam richtig geschockt zurück". (ad)

SPD-Fraktion setzt auf Open-Source-Software

SPD-Bundestagsfraktion macht gute Erfahrungen mit OSS

In die Diskussion um die Einführung von Linux im Bundestag und der Bundestagsverwaltung mischt sich nun die SPD-Bundestagsfraktion ein und favorisiert dabei das freie Betriebssystem, das die Fraktion selbst bereits seit September 1995 erfolgreich einsetzt.

So läuft bei der SPD Bundestagsfraktion z.B. der Firewall-Rechner mit Linux, als Webserver wird Apache eingesetzt und das zentrale E-Mail-Adressbuch wird von OpenLDAP verwaltet.

Gleichzeitig mit der Einrichtung des Internetangebots der SPD-Fraktion im Jahre 1995 wurde für alle Fraktionsmitarbeiter E-Mail eingerichtet. Das zunächst verwendete Mailsystem wurde mit proprietären Komponenten aufgebaut. Mit wachsender Akzeptanz stieg die Anzahl der Mails, die von diesem System verarbeitet werden musste. Drängende Performance-Probleme führten Anfang 1999 zu der Entscheidung, als Mailserver das ressourcenschonende Open-Source-Produkt Qmail in Kombination mit Linux einzusetzen. Benötigte der Versand einer Pressemitteilung an 1.000 Interessenten vor der Umstellung etwa eine Stunde, so bewältigt das neue System das gleiche Mailaufkommen in einem Bruchteil der Zeit.

An den Arbeitsplätzen der rund 300 Anwender wird Windows NT und Office 97 von Microsoft, als Browser der Netscape Navigator und als E-Mail-Client der Netscape Messenger genutzt. Gemeinsame Laufwerke der Arbeitsgruppen liegen auf einem Linux-Rechner mit Samba-Server. Lediglich die Oracle-Datenbank, in der alle Fraktionsdokumente und die Daten der Abgeordneten gespeichert sind, läuft unter Solaris auf einer Sun-Maschine.

Das Fazit der Fraktion: "Die Systeme laufen stabil und zuverlässig. Die Anwender in den Büros der Fraktion merken nichts von der heterogenen Systemlandschaft. Der Betrieb eines Netzwerks mit NT-, Solaris- und Linuxsystemen stellt die Administratoren vor keine Probleme."

Im Herbst 2001 ist in einem weiteren Schritt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine circa zehnköpfige Testgruppe eingerichtet, die die Verwendbarkeit von StarOffice/OpenOffice, zunächst noch auf Rechnern mit Windows NT, unter den Bedingungen des Büroalltags testet. (ji)

Microsoft wehrt sich gegen Petition bundestux.de

Sibold: Petition diskriminiert Microsofts Produkte

In der Diskussion um die Einführung von Linux im Deutschen Bundestag meldet sich nun auch Microsoft von offizieller Stelle zu Wort. Kurt Sibold, Vorsitzender der Geschäftsführung der Microsoft GmbH und Vice President EMEA, wendet sich in einem offenen Brief an die Politiker, die zu den Erstunterzeichnern der unter bundestux.de zu findenden Online-Petition zählen.

Zwar gebe es, so Sibold, "sicherlich nachvollziehbare sachliche Gründe, sich für den Einsatz von Open-Source-Produkten einzusetzen", dennoch fordert er Verständnis für seine Auffassung, "dass die besseren Gründe gegen den Wechsel des Deutschen Bundestages von Microsoft- auf Linuxprodukte sprechen."

Sibold wehrt sich des Weiteren dagegen, dass Entscheidungen für oder gegen ein Betriebssystem etwas mit "demokratischen Spielregeln" und "Pflichten eines demokratischen Staates" zu tun haben. Er sieht in der Unterstützung der Petition eine öffentliche Diskriminierung der Produkte und Dienstleistungen seines Unternehmens.

"Wie meine 1.300 Mitarbeiter in Deutschland sich bei solchen Anschuldigungen fühlen, habe ich über zahlreiche E-Mails bereits erfahren. Welche Wirkung sie bei unseren Partnern erzielen, bei unzähligen kleinen und mittleren Softwareentwicklern und bei unseren Kunden, die sich durch den Einsatz von Microsoft-Produkten nicht in ihrem Demokratieverständnis eingeengt fühlen, kann ich im Moment nur vermuten", so Sibold. (ji)

Bundestag erhält Einblick in Windows-Quellcode

Microsoft will verhindern, dass der Bundestag künftig Linux einsetzt

Wie Microsoft jetzt mitteilte, will der Software-Gigant dem Deutschen Bundestag Einblick in den Quellcode des Betriebssystems Windows XP gewähren. Ganz freiwillig geschieht das allerdings nicht, denn der Bundestag liebäugelt ganz offiziell mit einem Umstieg auf Linux.

Grund für dieses Vorgehen sind die in verschiedenen Gremien des deutschen Bundestages geführten Debatten darüber, ob Windows XP versteckte Funktionen enthält, die vertrauliche Daten an Microsoft übermitteln. Mit der Offenlegung des Quellcodes will Microsoft derartige Vorwürfe entkräften. Der Software-Riese erlaubt nun dem Bundestags-Präsidium und der IuK-Kommission den Zugriff auf den Quellcode, weil der Bundestag auf Grund der nicht geklärten Sicherungen der Privatsphäre in Windows XP plante, auf das Open-Source-Betriebssystem Linux auszuweichen. Der drohende Verlust der Marktmacht im Bundestag veranlasste Microsoft zu diesem Schritt.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Microsoft GmbH, Kurt Sibold, kommentiert dies betont nüchtern: "Gerade im politischen Bereich wächst die Forderung nach erhöhter Transparenz im Bereich des Quellcodes, um das Vertrauen der Nutzer in die Integrität der genutzten Produkte sicherzustellen." Der Zusammenhang des drohenden Systemwechsels auf Linux findet in den Microsoft-Ausführungen freilich keine Erwähnung.

Freie Software hingegen profitiert von der Möglichkeit für jeden, Zugang zu den Quelltexten zu erhalten und so Fehler aufzuspüren und zu beseitigen oder Verbesserungen einfließen zu lassen. Diese Möglichkeiten bieten sich bei der von Microsoft angebotenen Lizenzierung wenn dann nur sehr eingeschränkt. (ip)

Petition soll Linux in den Bundestag bringen

29.01.2002, 15:11

Partei- und organisationsübergreifende Petition für Linux im Bundestag

33 Akteure aus Politik, Wirtschaft und Open-Source-Projekten haben jetzt unter www.bundestux.de eine Petition gestartet, die zur Einführung von freier Software im Deutschen Bundestag aufruft. Dabei führen die Unterzeichner ordnungs-, wettbewerbs- und standortpolitische sowie demokratische Gründe an.

Es gehe bei der aktuellen Debatte um die Einführung von Linux im Bundestag nicht um die abstrakte Frage "Open Source oder proprietäre Software?", sondern ganz konkret darum, ob im Bundestag zukünftig weiterhin die einseitige Kombination aus Microsoft-Betriebssystem, Microsoft-Internet-Browser, Microsoft-E-Mail-Programm, Microsoft-Office-Paket etc. eingesetzt werden soll oder ob auch Alternativen eine Chance erhalten.

"In einer freien Marktwirtschaft hat der Staat die Aufgabe, Monopolstellungen von Unternehmen zu vermeiden und einen echten Wettbewerb zu gewährleisten. Die öffentlichen Zeichen einer Einführung von Alternativen im Deutschen Bundestag sind deshalb ein einfacher und praktikabler Schritt in diese Richtung. Freie Software ist nicht aus sich heraus ein Garant für freien Wettbewerb. In der heutigen Situation gibt es jedoch keine anderen Alternativen zur kostengünstigen und sicheren Ausstattung der Legislative mit Informationstechnologie", so die Initiatoren auf ihrer Homepage. Zudem fordern die Initiatoren die demokratischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland auf, bei der IT-Nutzung darauf zu achten, demokratische Spielregeln möglichst auch im Sekundärbereich zu berücksichtigen. Und nur freie Software ermögliche durch den offen zugänglichen Quellcode eine gesellschaftliche Überprüfung und Verbesserung von Programmen. Eine kurzfristige Offenlegung des Quellcodes, wie von Seiten Microsofts angeboten, könne nur Stückwerk bleiben.

"Die demokratische Komponente lässt sich nicht nur auf die erhöhte Sicherheit und Flexibilität der Software reduzieren, sondern ist vielmehr Ausdruck eines erweiterten Demokratieverständnisses, das die wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen mit einbezieht. Aus diesen Erwägungen ist es geradezu die Pflicht eines demokratischen Staates, auf freie Software zu setzen."

Der uneingeschränkte Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichem Wissen und zum öffentlichen Sektor könne rational und kostengünstig nur mit freier Software realisiert werden.

Auch wird darauf verwiesen, dass Deutschland bei den aktuellen Entwicklungen im Bereich freier Software nicht den Anschluss verpassen dürfe. Die Betriebssystemherstellung im Open-Source-Bereich spiele eine sehr wichtige Rolle in Deutschland und daher erscheine es besonders attraktiv für die Bundesrepublik Deutschland, in den Bereich der freien Software zu investieren.

Die Petition kann von Unterstützern der Idee online unterzeichnet werden. (ji)

Massive Untersützung für die EuroLinux-Petition 08.08.2000, 09:18

20.000 Bürger und 50 Firmen fordern ein softwarepatentfreies Europa

20.000 Personen, darunter 300 Firmenleiter, haben die EuroLinux-Petition für ein softwarepatentfreies Europa seit dem 15. Mai 2000 unterzeichnet. Die Petition ruft zum Schutz von Innovation und Wettbewerb in der europäischen Informationstechnik-Branche auf und wendet sich gegen aktuelle Pläne der Europäischen Kommission, die Patentierung von Programmlogik in Europa zu legalisieren.

Bei den 20.000 Unterzeichnern handelt es sich im Wesentlichen um Informationstechniker. 300 von ihnen sind leitende Angestellte (Geschäftsführer, Technischer Direktor etc.) von Firmen. Ferner wird die Petition von etwa 50 Firmen und über 20 Verbänden unterstützt. Interessanterweise waren auch viele Angestellte von Großkonzernen wie IBM, Siemens und Alcatel dabei.

Neben den Patentämtern und Patentanwaltsvereinigungen sind es nach Angaben der Initiatoren der Petition vor allem die Rechtsabteilungen von Großkonzernen, die bei der EU-Kommission auf eine Ausweitung des Patentsystems drängen.

Philip Sargent, Hauptgeschäftsführer von Metaweb, einer Web-Datenbank-Softwareschmiede in Silicon Fen bei Cambridge, schreibt: "Wir haben gesehen, welche monopolfördernden Wirkungen Softwarepatente in den USA haben, und wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Fehler hier wiederholt wird."

Klaus Weidner von der WMP GmbH aus München schreibt: "Patente sind dazu da, Erfindungen und technischen Fortschritt zu fördern. Softwarepatente hätten aber genau die gegenteilige Wirkung. Das Zusammenwirken von Programmen erfordert entweder offene Schnittstellen oder die Möglichkeit der Rekonstruktion undurchsichtiger Schnittstellen oder Dateiformate."

Rechtsanwalt Dipl.-Phys. Jürgen Siepman, Justiziar des Linux-Verband e.V., warnt: "Die Binnenmarkt-Generaldirektion der Europäischen Kommission ist fester denn je entschlossen, die Patentierbarkeit von Programmierkonzepten durchzudrücken. Die meisten diesbezüglichen Entscheidungen werden in Europa derzeit unter Druck gefällt. Für eine Erforschung der volkswirtschaftlichen Folgen oder eine Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung bleibt da wenig Spielraum." (ad)

Neue Runde in der Diskussion um Linux im Bundestag 09.01.2002, 15:35

Linux-Verband: Freie Software gefährdet deutsche Software-Industrie nicht

In der Diskussion um den Einsatz von Linux im Bundestag geht es in eine weitere Runde. Daniel Riek, Mitglied im Vorstand des Linux-Verbandes LIVE, weist die Argumente des VSI-Vorsitzenden (Verband der deutschen Software-Industrie) und Microsoft-Lobbyisten Rudolf Gallist in einem offenen Brief zurück. Insbesondere verneint Riek das Argument Gallists, dass freie Software die Existenz der deutschen Software-Industrie in ihrer Existenz gefährde.

Laut Riek geht es weniger um die allgemeine Frage, ob im Bundestag und der Bundestagsverwaltung freie oder proprietäre Software zum Einsatz kommen soll, sondern vielmehr um die Frage, ob man weiterhin auf die Kombinationen Windows/Office oder Linux/StarOffice setzen wolle. "Meines Wissens befinden sich unter Ihren Mitgliedern insgesamt nur zwei Hersteller von Betriebssystem-Software - Microsoft und Sun -, von denen nur einer von dieser konkreten Fragestellung betroffen ist und kein einziger seine Betriebssysteme maßgeblich in Deutschland entwickeln lässt. Die selben beiden Unternehmen sind wohl auch die einzigen Hersteller von Office-Paketen, die hier zur Debatte stehen", so Riek.

Den meisten Software-Unternehmen dürfe die Frage nach dem Betriebssystem zunächst relativ gleichgültig sein, so Riek weiter. Hier stelle Linux mit seinen offenen Schnittstellen und dem frei zugänglichen Sourcecode keinen Nachteil für Hersteller von Anwendungssoftware dar.

"Den von Ihnen aufgebauten grundsätzlichen Widerspruch zwischen freier Software und den klassischen Modellen der Software-Entwicklung kann ich bei der konkreten Fragestellung, wie sie derzeit im Bundestag, aber auch in anderen Bereichen der Verwaltung oder Privatwirtschaft zu entscheiden ist, nicht nachvollziehen. Ich bezweifle sogar sehr, dass es hier überhaupt einen prinzipiellen Widerspruch gibt, da freie Software und klassische, proprietäre Software sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Unsere Mitglieder und auch prominente internationale Unternehmen wie beispielsweise IBM, SGI, Sun, Apple oder SAP belegen dies mit ihren Produkten und der von ihnen veröffentlichten freien Software."

Gallists Frage nach der Investitionssicherheit bei freier Software hält Riek entgegen, dass gerade Microsofts Lizenzpolitik der Grund für die Diskussion um die Einführung von Linux im Bundestag ist. "Spätestens, wenn der Support für die jetzt aktuellen Versionen ausläuft, müssen die entsprechenden Updates durchgeführt werden. Auch die Debatte über die IT-Ausstattung des Bundestages haben wir dem bevorstehenden Auslaufen des Supports für Windows NT zu verdanken. Eine solche 'Investitionssicherheit' wird freie Software in der Tat nicht bieten. Vielmehr bleibt es hier der Entscheidung des Kunden überlassen, wie er mit seiner Software verfahren möchte. Da der Kunde das Recht hat, den Sourcecode des Systems zu verändern und auch weiterzugeben, befindet er sich nicht in einer Abhängigkeit von einem einzelnen Hersteller; und die Weiterentwicklung des Gesamtsystems ist solange sichergestellt, wie es ein kommerzielles Interesse daran gibt."

Die Frage der Gewährleistung bei freier Software, die Gallist in Frage stellt, ist für Riek kein Problem. Vielmehr verweist er auf die Problematik, die sich in dieser Richtung durch kommerzielle Software ergebe und zitiert aus dem Microsoft "End User License Agreement" (EULA). Dort, so Riek, heißt es unter "AUSSCHLUSS DER GEWÄHRLEISTUNG" unter anderem: "...im größtmöglichen durch das anwendbare Recht gestatteten Umfang stellen Microsoft und deren Lieferanten das Produkt und gegebenenfalls Supportleistungen WIE BESEHEN UND OHNE GARANTIE AUF FEHLERFREIHEIT zur Verfügung. ..." Es werde auf eine gesondert beschriebene "beschränkte Garantie" verwiesen und die Haftung auf Nachbesserung oder den Betrag von 5,- US-Dollar beschränkt. "In der erwähnten 'beschränkten Garantie' garantiert Microsoft für sage und schreibe 90 Tage, dass die Software 'im Wesentlichen gemäß den beiliegenden gedruckten Materialien arbeitet'."

Entscheidend für die Gewährleistung sei im professionellen IT-Einsatz aber vor allem ein Support-Vertrag und hier gebe es ein flächendeckendes Angebot von mehr als 100 Unternehmen in Deutschland, die Dienstleistungen und Support rund um das freie Betriebssystem anbieten. Darunter finden sich neben den Distributoren wie Red Hat und SuSE auch Unternehmen wie IBM, HP, Compaq oder SGI. Im konkreten Fall stehe ein Angebot von IBM zur Diskussion.

Die von Gallist ins Feld geführten möglichen negativen wirtschaftlichen Folgen, sollte sich der Deutsche Bundestag nicht für Microsoft-Software entscheiden, hält Riek ebenfalls nicht für hinreichend. "Vielleicht teilen Sie uns mit, in welchem Umfang Microsoft Windows und Office in Deutschland entwickelt werden? Wie ist das Verhältnis von geschaffenen Arbeitsplätzen zu Umsatz bei Microsoft in Deutschland? Wie viel Prozent des Umsatzes werden hier als Gewinn versteuert? Mein Verdacht ist, dass Sie weitaus weniger glanzvoll dastehen, wenn Sie sich nicht hinter der 'deutschen Software-Industrie' verstecken können. - Immerhin hat Microsoft laut VSI-Webseite in Deutschland lediglich 570 Mitarbeiter. Die deutsche Software-Industrie jedenfalls stellt außer ihrem durchaus nennenswerten Beitrag zu GNU/Linux meines Wissens kein Betriebssystem her, das im Bundestag zur Debatte stünde."

Gallists Forderung, die Bundesregierung und die Bundestagsverwaltung nicht als Marketinginstrument zu missbrauchen, schließt sich Riek vorbehaltlos an, aber nicht ohne einen Seitenhieb in Richtung Microsoft anzubringen: "Doch bitte ich Sie, diesen Vorsatz auch an die PR-Agentur Hunzinger weiterzugeben, die ja gerade im Auftrag von Microsoft bemüht ist, die Gremienmitglieder im Deutschen Bundestag für eine Entscheidung zu Gunsten von Microsoft-Produkten zu gewinnen. Ergänzend möchte ich erwähnen, dass es sicher gut wäre, wenn auch Branchenverbände nicht für die Marketinginteressen eines einzelnen Mitgliedsunternehmens missbraucht würden."

Bereits im Zusammenhang mit den Äußerungen von Rudolf Gallist hatte sich im Golem.de-Forum eine recht interessante Diskussion entwickelt. Einen Einstieg bietet unter anderem ein Beitrag von Heiko Legen zum Thema: Re: Softwareverband stellt freie Software in Frage. (ji)

Österreichs Wirtschaft könnte mit Open-Source-Software Milliarden S einsparen

Rund eine halbe Milliarde Schilling (36,3 Millionen Euro) könnten Österreichs Klein- und Mittelbetriebe pro Jahr einsparen, wenn sie die Software aus dem Bereich Open-Source verwenden würden. Das ergab eine Hochrechnung der Software-Spezialisten von HEXAGON aus Oberösterreich. Das tatsächliche Potential, das in der frei verfügbaren Software aus diesem bisher relativ unbekanntem Bereich liegt, dürfte noch weitaus höher sein. "Derzeit wird das Thema bestenfalls in Fachzeitschriften abgehandelt. Ein klarer Fall von Informationsdefizit", sagt HEXAGON-Gesellschafter Anatol Mayr.

STÄNDIGE ERNEUERUNG KOMMT TEUER. "Viele gängige Computer-Programme in den Firmen sind alle zwei bis drei Jahre auszutauschen, um nicht in der Kommunikation mit Geschäftspartnern zurückgeworfen zu werden," analysiert Anatol Mayr von HEXAGON, eines der ersten Unternehmen, das rund um den Bereich Open-Source seine Dienstleistung anbietet.

VERBLÜFFENDE EFFEKTE

HEXAGON nimmt die Business User an der Hand und zeigt die Alternativen im Bereich Open-Source auf. "Die Angesprochenen reagieren meist verblüfft", berichtet Anatol Mayr. Die Vorteile der Software-Gegenwelt gegenüber den kommerziellen Anbietern oder besser einem fast Monopol-artigen Anbieter liegen auf der Hand:

- es entstehen keine Software- oder Lizenzgebühren, es gibt
- keine Abhängigkeit von dominierenden Erzeugern.

BASIS-SOFTWARE IST GRATIS

Basis-Software für Millionen Anwendungen steht weltweit auf vielen Servern gratis zur Verfügung. Es entstehen nur Kosten für die individuellen Adaptierungen auf die eigenen Bedürfnisse. Eines der ungeschriebenen Gesetze der alternativen Software-Welt ist, dass die Weiterentwicklungen wieder der "Open-Source-Gemeinde" meist kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

KOSTENVORTEIL: BIS ZU 80 PROZENT

"Für uns ist die Zielgruppe der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich in erster Linie interessant. Tatsächlich lassen sich aber auch High-End-Anwendungen für Firmen mit 100.000 Arbeitsplätzen realisieren", schildert der Experte. Laut Mayr können fast alle Bereiche abgedeckt werden und ergibt sich für Firmen ein sehr deutlicher Kostenvorteil: Open-Source-Anwendungen kosten rund 70 bis 80 Prozent (!) weniger als herkömmliche Lösungen. Das ist auch der Grund für den Optimismus von HEXAGON: Denn schon bald sollen 50 Prozent des Umsatzes aus diesem Geschäftsbereich stammen.

DEUTSCHER BUNDESTAG ÜBERLEGT DEN UMSTIEG

Und die Zeichen stehen günstig: Laut einer aktuellen Studie aus Deutschland will bis 2003 jedes fünfte Unternehmen das Open-Source-Betriebssystem Linux serverseitig einsetzen. Auch der gesamte deutsche Bundestag erwägt einen Umstieg auf Linux, die SPD-Fraktion arbeitet seit 1995 erfolgreich mit der Software. Ziel von HEXAGON ist es, in Österreich auf das Einsparungspotential sowie die Vorteile hinzuweisen, die Open-Source-Software bietet. HEXAGONS Beitrag zu dieser Entwicklung liegt in der Erarbeitung von Lösungen, der Implementierung, im Schulungsbereich sowie in der Betreuung von Netzwerken.

Im Wettlauf um die Sicherheit

Auch viele Augen sehen nicht immer alles, weswegen Open Source kein Allheilmittel ist

Open Source ist auf dem besten Weg, als Allheilmittel angesehen zu werden. Der freie Zugang zum Quellcode von Programmen soll offene Standards, Transparenz und ein größeres Maß an Sicherheit garantieren. Zumindest im Bereich der Sicherheit ist es mit dem Offenlegen nicht getan.

Sicherheit im Internet, die gemeinsame Initiative von Innen- und Wirtschaftsministerium sowie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, legt sich fest: "Open Source zeichnet sich dadurch aus, dass der Quellcode der Software bis ins letzte Detail offen liegt und damit überprüft werden kann. Damit wird die IT-Sicherheit deutlich erhöht."

Im letzten Satz spiegele sich ein wenig das Wunschenken der Open Source-Gemeinde wider, meint dagegen Stefan Kelm, Mitarbeiter der Sicherheitsberatung Secorvo. "Die Sicherheit wird natürlich nicht dadurch erhöht, dass der Quellcode verfügbar ist. Die Offenlegung aller Quellen ist aber uneingeschränkte Voraussetzung für die Sicherheit von Systemen."

Der Einspruch ist begründet. Ausgerechnet das weitverbreitete Verschlüsselungsprogramm PGP machte im letzten halben Jahr durch zwei Fehler von sich reden. Im Mai entdeckte Germano Caronni einen Bug in der Version 5 der Unix-Variante. Caronni hatte den Code modifiziert und stieß dabei mehr oder minder zufällig auf einen Fehler in der Schlüsselgenerierung.

Im August präsentierte Ralf Senderek die Ergebnisse seiner Experimente mit der Möglichkeit, zusätzlich zum privaten Schlüssel weitere Dechiffrierungsschlüssel (ADK - Additional Decryption Keys) zu generieren. Das Feature wurde mit Version 5 von PGP eingeführt. Senderek dokumentierte, dass sich damit in einer Signatur zusätzliche, nicht von ihr abgedeckte Daten unterbringen lassen. PGP warnte bei der Benutzung entsprechend manipulierter Schlüssel nicht.

Die Herangehensweisen, mit denen die Fehler aufgedeckt wurden, können kaum unterschiedlicher sein. Dort Nachlesen im Quellcode des Programms, hier gezielte Experimente mit einer bestimmten Funktion. Gemeinsam ist beiden Fehlern jedoch die Zeit, die zwischen der Veröffentlichung des Codes und dem Aufspüren der Bugs verstrich: über zwei Jahre.

Der Hersteller, Network Associates, legt explizit die Quellen für PGP offen, um das so genannte Peer Review zu ermöglichen. Interessierte und Experten sollen die Chance erhalten, Fehler an der Quelle ausfindig zu machen. Allerdings handelt es sich bei PGP nicht um Open Source Software im eigentlichen Sinn. Der Code darf nur zu privaten Zwecken kompiliert werden, und eine veränderte Fassung weiterzugeben, untersagt die Lizenz ausdrücklich. Das mag für eine gewisse Zurückhaltung sorgen.

Doch auch im freien Gegenstück, GnuPG, wurde vor kurzem ein Fehler entdeckt, den das Programm von Anfang an mit sich herumtrug. GnuPG offenbarte dabei eine Schwäche im

Umgang mit mehrfach signierten Texten. Werner Koch, der das GnuPG-Projekt leitet, sah sich dadurch veranlasst die griffige, von Eric Raymond stammende Formel - "Given enough eyeballs, all bugs are shallow" - in Frage zu stellen. Der darin verpackte Optimismus, Fehler ließen sich allein durch ausreichende Aufmerksamkeit bereinigen, sei im Bereich der Sicherheit fehl am Platz.

An der Voraussetzung: "Gegeben seien genügend Augen", hapert es vielfach. Thomas Roessler, der die Entwicklung eines Postprogramms für Unix namens "mutt", koordiniert, beschreibt die Zusammenarbeit: "In der letzten Zeit tragen vor allem zwei, drei Leute zur Entwicklung bei. Dann gibt es noch einige, die immer mal wieder Fehler beheben. Mindestens einer davon liest regelmäßig anderer Leute Patches gegen." Bei ausreichendem Vertrauen in den Autor kann aus dem Gegenlesen aber auch ein Überfliegen werden. Etwas anders sieht es bei der Entwicklung von GnuPG aus. Da bei offiziellen GNU-Projekten das Copyright vertraglich der Free Software Foundation überschrieben wird, sind die Entwickler auch gehalten, sich an den "Coding-Standards" der Stiftung zu orientieren. Schon aus diesem Grund muss Koch Sourcecode von anderen genau ansehen. Inwieweit seine eigene Arbeit einer Prüfung unterzogen wird, kann er dagegen nur indirekt beurteilen: "Aus Kommentaren kann ich herauslesen, dass einige Leute recht gut mit dem Code vertraut sind."

Mit der Kenntnis des Codes scheint es nicht getan. Möglicherweise richtet sich das Augenmerk auch hier vor allem auf jene Aufgaben, für die ein Programm hauptsächlich gedacht ist. Dadurch entsteht Software, die sich beim überwiegenden Teil der Anwendungsfälle als robust und zuverlässig erweist. Trotzdem kann sie, wie im Fall GnuPG, in ihren exotischeren Funktionen mitunter Risiken bergen. Hinzu kommt, dass einschlägige Mailing-Listen, wie zum Beispiel Bugtraq, vor allem den quasi unsachgemäßen Gebrauch behandeln: Wie wird ein Programm dazu gebracht, dem Anwender administrative Privilegien zu verschaffen? Der Zweck, auf den hin es allseits getestet wurde, spielt dabei keine Rolle.

Wer im kommerziellen Bereich nach Offenlegung von Code als Qualitätssicherung fragt, stößt auf Skepsis. Bei der Berliner Firma HiSolutions, die Software für eine Public Key Infrastruktur entwickelt und vertreibt, meint der Geschäftsführer René Grosser: "Es bringt wenig, den Code in die Öffentlichkeit zu streuen." Eher erhalten Kunden, die explizit danach fragen, die Quellen. Dabei stoße man unter Umständen auch auf das für eine Beurteilung notwendige Knowhow. Intern setzt das Unternehmen darauf, die Programmteile von anderen Personen testen zu lassen, als denen, die sie geschrieben haben. Im Bereich der Sicherheitsberatung spielen eigene Produkte seltener eine Rolle. Statt dessen werden die Produkte anderer Firmen empfohlen. Als Grundlage der Empfehlungen dienen einerseits Zertifikate, aber auch der gute Ruf einer Software, wenn sie etwa, wie die Verschlüsselungssoftware BestCrypt des Herstellers Jetico auch beim finnischen Militär zum Einsatz kommt. Andererseits werden Angriffsszenarien durchgespielt, aber zum Teil wird auch der Quelltext einer Prüfung unterzogen; steht der nicht zur Verfügung, dient Reverse Engineering schon mal als Ausweg. Indem so die Herangehensweise der Hacker zum Vorbild wird, entsteht ein Wettlauf.

Auf den haben sich auch die Linux-Distributoren eingelassen. Zu Olaf Kirchs Aufgabenbereich bei Caldera gehört auch das Auditing, die Sicherheitsüberprüfung, von Software. Im Vordergrund stehen dabei sicherheitsrelevante Pakete, die Eingang in Calderas Produkte finden sollen. Nach seiner Erfahrung beläuft sich der Anteil an immer

wiederkehrenden Fehlern auf 80%. Sie lassen sich mit Blick auf bestimmte Funktionen im Quellcode ausmerzen.

Bei SuSE, berichtet Roman Drahtmüller, kümmern sich derzeit vier Mitarbeiter um proaktives Auditing. Auch sie flöhen den Quellcode der wichtigsten Programme durch und stellen sie auf die Probe. Daneben schult die Firma die Betreuer der Programmpakete in Sicherheitsfragen. Sie stehen in Verbindung zu den Programmierern und unterrichten sie über Schlupflöcher. "Zudem halten wir direkten Kontakt zu anderen Distributoren und Sicherheitsspezialisten", so Drahtmüller weiter.

Open Source kann in diesem Rennen einen Vorteil für sich verbuchen: Gefundene Fehler könnten bei ausreichend Sachverstand noch vor Ort behoben werden, ohne auf die Reaktion eines Herstellers warten zu müssen. Geschieht das rechtzeitig, kann zumindest das Ausnutzen bekannter Schwachstellen abgewehrt werden.

Doch Sicherheit ist keine Qualität, die sich automatisch mit dem Offenlegen von Programmquellen einstellt. Auch im Open Source-Bereich erweist sie sich vielerorts als ein Prozess. Der wird so lange erhalten bleiben, wie Kirchs Forderung nach sicherheitsbewusstem Programmieren ungehört verhallt.

Bemerkenswerterweise produzierten verschiedene Anläufe, wie das "Linux Security Auditing Project", dass immerhin eine betriebsame Mailing-Liste hervorgebracht hat, bislang nur Stückwerk. Es ist bisher nicht gelungen, ein stabiles Projekt ins Leben zu rufen, das - parallel zur Entwicklung - Software generell einer Überprüfung unterzieht. Wäre die Arbeit daran tatsächlich zu wenig glamourös, wie Werner Koch vermutet? Oder stimmt Germano Caronnis Annahme, es sei schlicht langweiliger, Code zu lesen, als ihn zu schreiben?

Dass es auch anders geht, zeigt ein anderes freies Betriebssystem: OpenBSD. "Drei Jahre ohne Loch in der Standard-Installation", prangt es auf der Webseite. Ohne Frage betreffen viele Mängel in den gängigen Zusatzpaketen auch OpenBSD. Aber es sticht dadurch deutlich hervor, dass ein Stamm von sechs bis acht Leuten regelmäßig den Quellcode der Standard-Programme überprüft. Dadurch wurden schon vor längerer Zeit die derzeit beliebten Stringformat-Bugs eliminiert. Nicht weil sie als ein Sicherheitsrisiko betrachtet worden wären, sondern weil es sich um Programmierfehler handelte.

"Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif", sagt Hubertus Soquat, Referent für IT-Sicherheit im BMWi, »si" verlangt stetige Arbeit." Es bleibt die Frage, ob sich der Aufwand nicht gezielt reduzieren ließe.